

JUGENDPOLITISCHE FORDERUNGEN

des Bayerischen Jugendrings
zur Bundestagswahl 2025



Junge Menschen verdienen eine starke Stimme – auch wenn sie noch nicht wählen dürfen. Als Arbeitsgemeinschaft der Jugendorganisationen in Bayern vertritt der Bayerische Jugendring (BJR) die Belange aller jungen Menschen in Bayern.

Viele Voraussetzungen und Rahmenbedingungen, die junge Menschen betreffen, werden auf nationaler Ebene geschaffen. Mit unseren jugendpolitischen Forderungen zur Bundestagswahl bringen wir die Interessen der bayerischen Jugendarbeit in die bundespolitische Debatte ein.

Die hier vorliegenden Forderungen beruhen auf den Beschlüssen der BJR- Vollversammlung. Sie umfassen 13 zentrale Themenfelder, die darauf abzielen, Kindern und Jugendlichen eine Gegenwart und Zukunft zu ermöglichen, in der sie selbstbestimmt leben und die Gesellschaft aktiv mitgestalten können – unabhängig von ihren individuellen Hintergründen.

Beteiligung	5
Bildung	6
Demokratie	7
Digitale Bildung	8
Ehrenamt	9
Europa	10
Flucht und Migration	11
Freiräume	12
Inklusion und Vielfalt	13
Klimaschutz und Nachhaltigkeit	14
Mobilität	15
Soziale Gerechtigkeit	16
Wohnen	17



Alle jugendpolitischen
Forderungen des BJR
gibt es online unter
www.bjr.de/forderungen

BETEILIGUNG

Junge Menschen brauchen reale Einflussmöglichkeiten und die Anerkennung ihrer persönlichen Kompetenz, um sich wirkungsvoll an politischem Handeln und Diskursen zu beteiligen.

Wir fordern

- das aktive Wahlalter für die Wahlen zum Deutschen Bundestag und zum Europäischen Parlament auf 14 Jahre herabzusetzen.
- eine konsequente Umsetzung der Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen in allen Lebensbereichen – sei es in der Jugendarbeit oder Jugendhilfe, in der Schule oder im familiären Umfeld –, um ihre angemessene und verbindliche Beteiligung zu gewährleisten.

BILDUNG

Bildung entscheidet maßgeblich über den persönlichen Erfolg und die gesellschaftliche Teilhabe von Kindern und Jugendlichen und findet nicht nur in der Schule statt.

Wir fordern

eine Bildungspolitik, die unter anderem

- die Gleichwertigkeit von schulischer und außerschulischer Jugendbildung anerkennt und fördert.
- den chancengerechten Zugang zu allen Formen der Bildung für alle gewährleistet, z.B. durch Teilhabepakete.
- bei der Umsetzung des Ganztagsförderungsgesetzes die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen ernst nimmt und die Jugendarbeit als wertvollen Partner einbezieht.
- anerkennt, dass Persönlichkeitsentwicklung ein wichtiger, aber nicht messbarer Bestandteil von Bildung ist. Schulische und außerschulische Angebote, die der Persönlichkeitsentwicklung dienen, müssen langfristig gefördert werden.

DEMOKRATIE

Toleranz, Zusammenhalt und Respekt bilden das Fundament einer zukunftsfähigen Gesellschaft, die die Anliegen und Wünsche junger Menschen ernst nimmt und Raum für Dialog und Diskurs schafft.

Wir fordern

eine Politik, die

- demokratische Strukturen und Bildungsangebote der Zivilgesellschaft durch ein Demokratieförderungsgesetz dauerhaft sichert.
- Demokratie als Lebensform begreift und Beteiligungsprozesse im Alltag verankert. Die Schaffung von Strukturen vor Ort ist dafür unerlässlich. Wir fordern, die Mittel des Bundesprogramms „Demokratie Leben!“ hierfür aufzustocken.
- „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ bedarfsgerecht ausstattet und verstetigt.

DIGITALE BILDUNG

Die Verfügbarkeit leistungsfähiger digitaler Netze wird die Zukunftschancen junger Menschen beeinflussen. Hier bestehende Unterschiede und Benachteiligungen müssen gezielt abgebaut und die mit digitalen Diensten verbundenen Chancen für alle eröffnet werden.

Wir fordern

- Digitalisierung als neue Beteiligungsmöglichkeit zu begreifen und voranzutreiben, bspw. durch den Aufbau von Plattformen, die es Jugendlichen ermöglichen, sich aktiv in politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Prozesse einzubringen.
- gerechte Zugangschancen zum Erwerb digitaler Kompetenzen, unabhängig von sozialer Herkunft und Geschlecht.
- Investitionen in digitale Netze und intelligente Mobilität, um Teilhabe für alle zu ermöglichen.
- einen Digitalpakt Kinder- und Jugendarbeit, der Investitionen in digitale Infrastruktur, innovative Projekte, den Kompetenzaufbau in der Kinder- und Jugendarbeit sowie Forschung zu den genannten Aspekten ermöglicht.

EHRENAMT

Ehrenamtliches Engagement ist das Fundament unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens. Es braucht konkrete Wertschätzung und bessere Rahmenbedingungen, um auch in Zukunft Menschen für ehrenamtliches Engagement zu begeistern.

Wir fordern

- die Einordnung von ehrenamtlichen Tätigkeiten im Arbeits- und Sozialversicherungsrecht klar zu regeln.
- verlässliche finanzielle und personelle Ressourcen zur Unterstützung des Ehrenamts.
- eine Verbesserung der Freistellungsmöglichkeiten für Beschäftigte und Beamt:innen des Bundes.
- die Stärkung der Jugendleiter:innencard (Juleica) auf Bundesebene, z.B. durch die entgeltfreie Nutzung des Personennahverkehrs für Juleica-Besitzer:innen.

EUROPA

Junge Menschen sind ein wesentlicher Bestandteil von Europa. Um dieses Bewusstsein zu stärken, müssen ihre Perspektiven stärker einbezogen, Begegnungen und Austauschprogramme gefördert und direkte Beteiligungsmöglichkeiten an europäischen Entscheidungen geschaffen werden.

Wir fordern

- die Stärkung und Unterstützung des internationalen und europäischen Austausches sowie einer diversitätsbewussten internationalen Jugendarbeit.
- eine stärkere, dauerhafte finanzielle Ausstattung sowie unbürokratische und für alle verständliche Antragsverfahren der europäischen Förderprogramme, insbesondere der Bildungs- und Jugendförderprogramme Erasmus+ und Europäisches Solidaritätskorps.
- die konsequente Umsetzung der EU-Kindergarantie und der EU-Jugendstrategie.

FLUCHT UND MIGRATION

Geflüchteten Kindern und Jugendlichen muss die uneingeschränkte und unbürokratische Teilhabe an allen schulischen und außerschulischen Angeboten ermöglicht werden.

Wir fordern

- einen den Fähigkeiten entsprechenden Zugang zu Bildung und Ausbildung, unabhängig von Aufenthaltsstatus und Herkunftsland, inkl. Deutschkursen und Lernbegleitung, sowie die Anerkennung ausländischer Qualifikationen.
- die Verstärkung der finanziellen Förderung der Jugendarbeit für Integrationsangebote für junge Geflüchtete.
- Ausnahmen von der Residenzpflicht für Maßnahmen öffentlicher und anerkannter freier Träger der Jugendhilfe. Bei Auslandsmaßnahmen dieser Träger soll analog zu den bereits bestehenden schulrechtlichen Regelungen verfahren werden.

FREIRÄUME

Junge Menschen verbringen viel Zeit im öffentlichen Raum. Deswegen müssen öffentliche Räume mit und für Jugendliche gedacht werden.

Wir fordern

- Förderprogramme zur jugendgerechten Verbesserung und Entkommerzialisierung des öffentlichen Raums.
- eine bessere Berücksichtigung von Jugendlichen im Bauplanungsrecht, z.B. durch eine einfachere Nutzung von Bauwägen im Außenbereich als Jugendtreff.
- eine stärkere Berücksichtigung der Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen in der Bauleitplanung.
- eine stärkere Beteiligung von Jugendlichen an der Gestaltung des öffentlichen Raums.

INKLUSION UND VIELFALT

Vielfalt und Inklusion sind starke Stimmen für Demokratie und gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Das Ziel muss eine Gesellschaft sein, in der alle Menschen gleichberechtigt und selbstbestimmt teilhaben können.

Wir fordern

- die konsequente Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Dazu gehört auch, alle öffentlichen Gebäude, Verkehrsmittel und digitalen Angebote bis 2025 barrierefrei zu gestalten.
- die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderungen zu fördern. Dazu zählen die Teilhabe an Freizeitangeboten, kulturellen Angeboten und die inklusive Kinder- und Jugendarbeit.
- junge Menschen mit Behinderungen aktiv in politische Entscheidungsprozesse einzubeziehen.
- die Bereitstellung ausreichender finanzieller Mittel zur Umsetzung von Inklusion in der Kinder- und Jugendarbeit.

KLIMASCHUTZ UND NACHHALTIGKEIT

Um unsere Lebensgrundlagen zu erhalten, müssen Klimaschutz und Nachhaltigkeit zentrale Prinzipien politischer Entscheidungen sein. Dabei müssen die Ziele der UN-Klimakonferenz konsequent verfolgt und erreicht werden.

Wir fordern

- eine wirksame und umfassende Bepreisung von Klimaemissionen, die weiter ausgebaut wird, um alle Sektoren angemessen zu berücksichtigen.
- den verstärkten Ausbau erneuerbarer Energien, um die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern weiter zu reduzieren.
- eine nachhaltige Wirtschaftspolitik, die auf die langfristige Sicherung von Beschäftigung und Wohlstand abzielt und auf nachhaltige Investitionen und ressourcenschonende Strategien setzt.
- eine Politik der ökologischen Nachhaltigkeit, die die Endlichkeit der natürlichen Ressourcen berücksichtigt und durch Maßnahmen zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und zur Reduzierung des Plastikmülls zum Wohle künftiger Generationen beiträgt.

MOBILITÄT

Mobilität ist die Grundlage für Unabhängigkeit und die selbstbestimmte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

Wir fordern

- die Politik auf, Mobilität jung zu denken.
- ein Gesamtkonzept für eine langfristige, nachhaltige und bedarfsorientierte Verkehrspolitik.
- eine bessere Verknüpfung der verschiedenen Mobilitätsangebote sowie neue Konzepte für die Mobilität im ländlichen Raum.
- bundesweite Förderprogramme, die die Budgets für einen nachhaltigen Ausbau des ÖPNV in den Kommunen sichern.
- deutlich vergünstigte Tickets für alle jungen Menschen in Bildung, Ausbildung, Studium und berufsvorbereitenden Maßnahmen.

SOZIALE GERECHTIGKEIT

Soziale Gerechtigkeit ist entscheidend, um eine vielfältige, zukunftsfähige und faire Gesellschaft zu schaffen, in der alle jungen Menschen gleiche Chancen haben, ihre Potenziale zu entfalten und sich aktiv zu beteiligen.

Wir fordern

- die Einführung einer armutsfesten und echten Kindergrundsicherung.
- massive Investitionen zur Bewältigung des sozial-ökologischen Umbaus.
- weitere Förderprogramme für den Ausbau von Jugendzentren und Freizeitangeboten, insbesondere in strukturschwachen Regionen.
- Nachhaltigkeits- und Genderbudgeting in allen öffentlichen Haushalten mit Fokus auf die Sustainable Development Goals (SDGs).
- ein gerechteres Steuersystem, das die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich in der Gesellschaft wieder verringert.

WOHNEN

Wohnen ist die soziale Frage unserer Zeit. Vor allem junge Menschen stehen oft vor der Herausforderung, bezahlbaren oder geeigneten Wohnraum zu finden. Durch die Knappheit und zunehmende Verteuerung von Wohnraum werden sie in ihrer Unabhängigkeit und Lebensplanung eingeschränkt.

Wir fordern

- die Fortsetzung der Wohnbauoffensive mit dem Schwerpunkt bezahlbares Wohnen für junge Menschen und Familien.
- die bedarfsgerechte Anpassung der Sozialleistungen für Wohnen.
- konsequente Maßnahmen zur energetischen Sanierung von Wohnraum, ohne die Kosten hierfür auf die Mieter:innen umzuverteilen.
- den Schutz von jungen Mieter:innen vor Kündigung aufgrund nicht fristgerecht bezahlter Nebenkostenabrechnungen.



Alle jugendpolitischen
Forderungen des BJR
gibt es online unter
www.bjr.de/forderungen

Impressum

Herausgeber

Bayerischer Jugendring K.d.ö.R.
vertreten durch den Präsidenten
Philipp Seitz

Anschrift

Herzog-Heinrich-Str. 7
80336 München
tel 089/514 58-0
publikationen@bjr.de
www.bjr.de

Bildnachweis

shutterstock (SibRapid)

Druck

Industrie-Druck Haas GmbH, Augsburg

Stand

Januar 2025

Artikelnr.

2025-0785-000

Bayerischer Jugendring
Körperschaft des öffentlichen
Rechts

Herzog-Heinrich-Straße 7
80336 München

tel 089/514 58-0
fax 089/514 58-88
publikationen@bjr.de
www.bjr.de

